

## BWV-Verbandsrat

### **BWV-Verbandsrat berät agrarpolitische Lage, Verbandsentwicklung und Zukunftsthemen**

**Koblenz.** Der Verbandsrat des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau (BWV) hat sich in seiner Sitzung am 10. Juni 2026 in der Hauptgeschäftsstelle in Koblenz mit zentralen agrarpolitischen, wirtschaftlichen und verbandlichen Themen befasst. BWV-Präsident Marco Weber begrüßte die Mitglieder des Verbandsrates und gratulierte den neu gewählten Kreisvorsitzenden Dominik Ehrenstein aus dem Kreisverband Neuwied sowie Thomas Heidberg aus dem Kreisverband Cochem-Zell. Beide stellten sich dem Gremium vor und machten deutlich, dass sie ihre Erfahrungen aus vielfältig aufgestellten landwirtschaftlichen Betrieben in die Verbandsarbeit einbringen wollen.

In seinem Bericht ging Weber zunächst auf die politische Lage nach der Landtagswahl ein. Der BWV habe die Parteien bereits im Wahlkampf begleitet und werde den Austausch mit der neuen Landesregierung konsequent fortsetzen. Weber zeigte sich erfreut darüber, dass Christine Schneider das Amt der Landwirtschaftsministerin übernommen habe. Zugleich betonte er, dass mit der Zusammenlegung von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium neue Herausforderungen, aber auch Chancen für eine sachorientierte Zusammenarbeit verbunden seien. Der Verband habe der Ministerin bereits ein Gesprächsangebot unterbreitet. Auch mit weiteren politischen Entscheidungsträgern auf Landesebene werde der BWV das Gespräch suchen.

Sorgen bereiten dem Verband weiterhin die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft. Weber verwies auf schwierige Marktverhältnisse in nahezu allen landwirtschaftlichen Bereichen. Die Kulturen stünden aktuell zwar gut auf den Feldern, dennoch sei die wirtschaftliche Perspektive vieler Betriebe angespannt. Angesichts begrenzter finanzieller Spielräume der öffentlichen Haushalte forderte Weber von den Regierungskoalitionen auf Landes- und Bundesebene mutige Strukturreformen statt immer neuer Belastungen für die Betriebe.

Aus den Fachausschüssen wurde über eine breite Palette aktueller Themen berichtet. Im Bereich tierische Produktion informierten der Vorsitzende Stefan Fiedler und Geschäftsführerin Alexandra Nolden über gesunkene Milchpreise, rückläufige Schweinepreise, zufriedenstellende

Fleischpreise im Bullenbereich sowie die zunehmende Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel im Mittelpunkt. Zudem beschäftigten Tierseuchen wie Afrikanische Schweinepest, Blauzungenkrankheit und Maul- und Klauenseuche die Diskussion. Besonders eindringlich wurde zur Impfung gegen die Blauzungenkrankheit aufgerufen. Auch bei Urlaubsreisen sei besondere Vorsicht geboten, um Tierseuchen nicht einzuschleppen.

Laut dem Vorsitzenden Harald Schneider befasste sich der Ausschuss für Pflanzliche Erzeugung, Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe mit der Novellierung des Bundesdüngengesetzes, roten Gebieten, niedrigen Erzeugerpreisen, Messstellenstrukturen und der Zukunft von Biogasanlagen. Viele Anlagen liefen in den kommenden Jahren aus der Förderung, ohne dass bislang ausreichende politische Entscheidungen für Anschlussregelungen erkennbar seien. Der BWV sieht hier dringenden Handlungsbedarf, insbesondere für Grünlandregionen, in denen Biogasanlagen einen wichtigen Beitrag zur Verwertung von Aufwüchsen leisten können.

Auch über die erneuerbaren Energien wurde ausführlich diskutiert. Weber wies auf ein Positionspapier des Deutschen Bauernverbandes hin und kritisierte die fehlende Planungssicherheit bei Photovoltaik, Windkraft und Biomasse ab 2027. Ohne verlässliche Rahmenbedingungen seien Banken kaum bereit, Investitionen zu finanzieren. Ein weiteres Problem sei das unzureichend ausgebaute Stromnetz. Der BWV spricht sich weiterhin vorrangig für Photovoltaik auf Dächern aus. Großflächige Agri-PV-Anlagen auf guten Acker- und Grünlandflächen sieht der Verband weiterhin kritisch, weil sie zusätzlichen Flächendruck erzeugen können.

Der Weinbauausschuss, unter Leitung des Weinbaupräsidenten Walter Clüsserath, thematisierte unter anderem ungleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Europäischen Union, die künftige Rechtsform der Schutzgemeinschaften, Fragen der Haftpflichtversicherung, die Rebenkrankheit Flavescence dorée, Werbeveranstaltungen mit Weinausschank, die GAP-Förderung ab 2028 sowie die Perspektiven der Hubschrauberspritzung. Zudem wurde über die Auswirkungen hoher Erntemengen auf die Weinpreise beraten.

Im Öffentlichkeitsausschuss standen die Social-Media-Aktivitäten des BWV und die Weiterentwicklung der Verbandskommunikation im Vordergrund. Ausschussvorsitzender Benjamin Purpus berichtete von der konstituierenden Sitzung und dem Austausch mit der Debeka-Zentrale über die Öffentlichkeitsarbeit. Die stetig und deutlich ansteigenden Followerzahlen und Aufrufe der BWV-Seiten, bzw. Posts bestätigten die intensiviertere Arbeit des Verbandes in den sozialen Medien. BWV-Präsident Marco Weber und der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Christian Altmaier warben für mehr Interaktionen, Verlinkungen und Unterstützung in den sozialen Medien. Ziel sei eine sachlich korrekte, aber zugleich prägnante Kommunikation landwirtschaftlicher Anliegen. Als positive Beispiele wurden unter anderem

Werbevideos zum „Tag der Landwirtschaft“ genannt. Zudem plant der BWV eine Informationskampagne zur ASP-Prävention zu Beginn der Urlaubszeit.

Anschließend informierte die Hauptgeschäftsführung über eine neue Dienstleistungen des Verbandes. Ab Herbst 2026 könnten BWV-Mitglieder über die Kreisgeschäftsstellen Unterstützung bei der Erstellung von Nebenkostenabrechnungen erhalten. Hintergrund sei, dass viele Mitglieder neben ihren landwirtschaftlichen Betrieben auch Immobilien besitzen würden. Weitere Angebote wie Mietvertragsprüfungen oder Mietanpassungen könnten perspektivisch folgen. Derzeit laufen weitere Vorbereitungen und das abgestimmte Konzept wird im Herbst 2026 vorgestellt.

Am Ende der Sitzung wurde dargelegt, dass der BWV will seine politische Interessenvertretung, seine Beratungsstrukturen und seine Kommunikation weiterentwickeln werde. Präsident Weber betonte, dass der Verband den Anspruch habe, nah an den Betrieben zu bleiben, Probleme offen anzusprechen und tragfähige Lösungen für die Mitglieder zu erarbeiten.